

Beschluss des Landrats vom 17.12.2020

Nr. 698

17. Fragestunde der Landratssitzung vom 16./17. Dezember 2020 2020/632; Protokoll: bw

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) macht beliebt, dass die Fragestunde für einmal vor der Behandlung des dringlich erklärten Vorstosses durchgeführt werde. Das Mittagessen der Urheberin der am Morgen dringlich erklärten Interpellation – der FDP – wurde zu spät geliefert, weshalb sich einige Personen verspäten.

://: Der Landrat stimmt dem Vorgehen stillschweigend zu.

1. Andreas Bammatter: Verzugszinsen Kanton BL im Rechnungsjahr 2021?

Keine Zusatzfragen.

2. Ursula Wyss: Zeitliche Belastung der Schulleitungen während der Corona-Pandemie

Ursula Wyss Thanei (SP) bedauert die wohl personalpolitisch korrekten Antworten, die prinzipiell nicht helfen. Zudem werde der immense Einsatz der Schulleitungen vernachlässigt. Diese hielten die Schulen am Laufen und tun dies auch weiterhin. Die Schulleitungen sind auch in normalen Zeiten generell überlastet. Auf Primarstufe wurde dies erkannt und in einem VAGS-Projekt wurde eine Pensenerhöhung für die Schulleitungen auf Primarstufe erarbeitet und ab nächstem Schuljahr umgesetzt. Eine Umfrage der Schulratspräsidienkonferenz zeigte auch, dass sich die Schulleitungen – wenn sie ihre Mehrzeit in einem verantwortbaren Rahmen halten möchten – vor allem auf das Tagesgeschäft konzentrieren. Sollten alle vorgesehenen Arbeiten erfüllt werden, wird Mehrzeit in einem Mass angehäuft, die nicht mehr kompensierbar ist. In der Coronazeit hat sich dieses Problem verschärft. Einige Gemeinden haben bereits Überzeit vergütet. Die Fragen von Caroline Mall zeigen, wie gross der Aufwand der Schulleitungen ist. Bezüglich die Gleichbehandlung der Schulleitungen folgende Zusatzfrage: *Gedenkt der Kanton, sich mit den Gemeinden bezüglich Vergütung abzustimmen?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) führt aus, dass von einigen Primarschulen über die Schulräte entsprechende Anträge an die Gemeinderäte gelangt seien. Die Gemeinderäte haben den Anträgen stattgegeben. Dann können Auszahlungen erfolgen. Bei den Sekundarschulen ist die Situation anders. Dort sind die Überzeiten des aktuellen Jahres noch gar nicht bekannt. Auch dort stellen gewisse Schulräte Anträge. Es gilt aber zu berücksichtigen, dass auch die Schulleitungen Gleitzeit arbeiten und ein Maximum von 80 Stunden Gleitzeit anhäufen dürfen. Was darüber liegt, darf gemäss Beschluss des Regierungsrats bis Ende August 2021 kompensiert werden. Gerade auch Schulleitungen soll die Möglichkeit gegeben werden, kompensieren zu können.

Jan Kirchmayr (SP) stellt folgende Zusatzfrage: *Erachtet es die Bildungsdirektorin wirklich als realistisch, dass Zeit abgebaut werden kann, wenn im Frühling einerseits Pensen festgelegt und Anstellungen vorgenommen werden sollen?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) sagt, auch die Schulleitungen sollten planen. Wenn absehbar wird, dass die Zeit nicht abgebaut werden kann, muss mit dem Schulrat in Kontakt getreten werden. Schulräte sind die Anstellungsbehörde der Schulleitungen. Diese haben die Auf-

gabe, die Schulleitungen zu begleiten und zu schauen, wie mit Überzeit und Gleitzeit umgegangen wird.

3. **Peter Hartmann: Schliessung der Jugendzentren im Zusammenhang mit dem Coronavirus**

Peter Hartmann (Grüne) dankt für die Arbeit des Regierungsrats der letzten Monate. Erleichtert wird zur Kenntnis genommen, dass der Regierungsrat «derzeit nicht vorsieht, die Schliessung der Jugendzentren zu verordnen». Leider macht das Bekenntnis die Schliessung des Kinder-, Jugend- und Familienfreizeithauses in Allschwil nicht mehr rückgängig. Die Gemeinde Allschwil reagierte auf die Ankündigung des Regierungsrats vom 8. Dezember 2020 und schloss das Zentrum vorläufig bis 17. Januar 2021. Die Zusatzfrage bezieht sich auf die aktuellste Medienmitteilung des Regierungsrats vom 15. Dezember 2020. Dort wird mitgeteilt, dass kantonale Massnahmen als Eventualplanung vorbereitet sind, für den Fall, dass der Bundesrat morgen seine angekündigten Massnahmen nicht umsetzt. *Was sieht der Bundesrat bezüglich Jugendzentren vor und steht die Baselbieter Regierung auch künftig zum Verzicht der Schliessung der Jugendzentren, solange sie vom Bundesrat nicht übersteuert wird?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) sagt, man werde morgen sehen, was der Bundesrat in Bundesrecht überführe oder eben nicht. Der Regierungsrat wird nicht von seiner Stellungnahme abweichen, sofern er selbst Handlungsfreiheit hat – kurz: Ja.

4. **Christina Jeanneret-Gris: Covid-Impfstrategie im Kanton Basel-Landschaft**

Christina Jeanneret-Gris (FDP) sieht, dass bereits viele Aspekte der Impfstrategie in die Wege geleitet worden seien. Besonders erfreulich ist, dass die Koordination zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt angegangen werden soll. Es ist auch gut, dass im Spital selbst geimpft werden kann. Zusatzfrage 1: *Ist es vorgesehen, dass das Spitalpersonal, das nicht im eigenen Kanton wohnt, nicht im Spital selbst, sondern sich im Wohnkanton oder allenfalls im Ausland impfen lassen muss?* Zusatzfrage 2: *Sind Phase-IV-Studien, beispielsweise zur Erfassung von Nebenwirkungen, vorgesehen bei dieser Impfkampagne und soll all dies wirklich auch in Apotheken durchgeführt werden?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) betont, dass der Bund die Dokumente der Umsetzung der Impfstrategie erarbeite. Die Grenzgängerproblematik wurde in der Stellungnahme des Kantons Basel-Landschaft erwähnt. Es darf nicht dazu kommen, dass Personen hin- und hergeschickt werden. Die Vergütung muss entsprechend geregelt werden. Man wird bei der Umsetzung sehen, ob dieser Punkt aufgenommen wurde. Wenn der Kanton Basel-Landschaft diesbezüglich Handlungsfreiheit hätte, dann wäre dies sichergestellt. Die Frage zur Phase-IV-Studie und deren genaue Ausgestaltung muss abgeklärt werden. [siehe [Nachtrag](#) vom 23.12.2020]

Felix Keller (CVP) stellt folgende Zusatzfrage: *Setzt sich der Regierungsrat dafür ein, dass Personen aus der Agglomeration Basel sich in Basel-Stadt impfen lassen können?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) versteht die Frage. Das Konzept ist ausgeklügelt, denn Hauptthema ist die Logistik. Hunderttausende Impfdosen müssen am richtigen Ort sein. Eine gewisse Flexibilität ist vorstellbar. Die Finanzierung ist überall dieselbe und läuft über die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP), also müssen nicht gross Gelder hin- und hergeschoben werden, abgesehen vom Franchiseanteil, von dem die zu impfende Person zwar befreit ist, aber ein Teil dem Wohnkanton verrechnet wird. Wichtig ist, dass ab Januar nicht alle Personen flächendeckend geimpft werden können. Der Bund definierte fünf Personenkategorien. Zuerst wer-

den besonders gefährdete Gruppen geimpft, dann Betreuungs- und Pflegepersonen, das weitere Umfeld von Betreuungs- und Pflegepersonen und dann wohl gegen Frühling die breite Bevölkerung.

Markus Dudler (CVP) stellt folgende Zusatzfrage: *Wie sieht das Konzept der Zuteilung der Impfdosen nach Kontingenten aus?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) antwortet, schweizweit werde es aufgehen. Der Bund bestellte Millionen an Impfdosen. Der erste von Pfizer & Biontech. Dann kommen die weiteren. Die ersten beiden basieren auf mRNA-Technik. Lässt man sich damit impfen, ist man danach kein gentechnisch manipulierter Organismus. Der Impfstoff löst die Reaktion des Immunsystems gegenüber dem Virus aus. Die vektorbasierte Technik ist vergleichbar mit dem Grippeimpfstoff. Hierzu braucht es sterile Eier, was ein knappes Gut ist. Die Zuteilung erfolgt durch das Bundesamt für Gesundheit (BAG). Eine spezielle Abteilung unter der Leitung von Vizedirektorin Kronig beschäftigt sich mit den Impfstofffragen und der Zuteilung der Dosen an die Kantone. Logischerweise braucht es auch eine gewisse Flexibilität, auch weil die Akzeptanz noch nicht absehbar ist.

Klaus Kirchmayr (Grüne) stellt folgende Zusatzfrage: *Plant der Regierungsrat eine detaillierte Kommunikation an die Bevölkerung bzgl. Impfung und wann wird dies stattfinden?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) informiert, es werde eine breite Informationskampagne des BAG geben. Bis Ende Jahr sollte diese vorliegen und Antworten auf Fragen wie «Was macht dieser Impfstoff mit mir?» geben. Es gibt abstruse Impfängste. Es ist sehr wichtig, wissenschaftlich saubere Grundinformationen zu liefern. Die klinischen Phasen I–III werden durchlaufen. Swissmedic wird keinen Impfstoff zulassen, der nicht alle Kriterien erfüllt. Einzig beschleunigt wurde, dass das Einreichen von Dokumenten gestaffelt erfolgen konnte. Bei Impfstoffen, wo genügend Zeit vorhanden ist, wird alles zuerst erstellt und in einem Verfahren abgehandelt. All diese Informationen kommen vom Bund. Wer sich wann und wo impfen lassen kann, wird vom Kanton ergänzend informiert.

5. **Simone Abt: Pandemiebewältigung im KSBL: Reichen die personellen Ressourcen, um die Aufgabe zu erfüllen?**

Simone Abt (SP) ist der Ansicht, ihre Frage sei nicht ernstgenommen worden. Das ist enttäuschend. Zusatzfrage: *Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass sämtliche Ärztinnen und Ärzte und die Pflegenden regelmässig getestet werden sollten? Gelingt es mit der aktuellen Handhabung wirklich zu verhindern, dass fragile Personen positiv in ein Heim zurückverlegt werden, das sie negativ verlassen hatten?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) versucht die Frage sachlich zu beantworten, was aufgrund der suggestiven, unterschweligen Tonalität der Frage nicht einfach sei. Man muss mit den jetzt zur Verfügung stehenden Testmethoden und deren Zuverlässigkeit auskommen. Wenn sich ein Speicheltest in Evaluation befindet, würde man diesen sehr gerne in allen Heimen oder Schulen einsetzen. PCR-Tests müsste man täglich ein, zweimal wiederholen. Bei 3'500 Spitalangestellten ist dies rein logistisch kaum machbar. Am meisten aufgeregt hat den Regierungsrat die Unterstellung, dass Personen aus Altersheimen negativ ins Spital gingen und positiv zurückkämen. Ein solcher Fall ist nicht bekannt. In den Spitälern arbeiten keine positiv getesteten Personen.

6. **Caroline Mall: Coronavirus an Primar- und Sekundarschulen I**

Caroline Mall (SVP) stellt folgende Zusatzfragen: *Kann sich der Regierungsrat vorstellen, dass die Schulen den Erziehungsberechtigten die Massnahmen in ihrer Muttersprache zukommen lassen? Kann man davon ausgehen, dass am 4. Januar 2021 klare Regeln für die Volksschule vorhanden sind?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) führt aus, dass auf Primarstufe 22'000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden. Auf Sekundarstufe I sind es rund 8'500. Zur Frage der Übersetzung: Dies wollte man zu Beginn tun. Zuerst musste allerdings geschaut werden, in welche Sprachen die Massnahmen übersetzt werden sollen. In der Zwischenzeit erfolgte aber bereits eine Anpassung des Schutzkonzeptes, was die ganze Arbeit obsolet machte. Die Schutzkonzepte ändern, sobald es notwendig ist. In den kurzen Zeiten zwischen den Änderungen, ist es nicht möglich, Übersetzungen in diverse Sprachen vorzunehmen. Auf der Homepage werden die Hygienemassnahmen und die Empfehlungen des Regierungsrats aber in 21 Sprachen dargestellt. Die Bandbreite reicht von Albanisch über Farsi zu Schweizerdeutsch und Yoruba. Es gibt also genügend Möglichkeiten für fremdsprachige Personen, sich zu informieren. Vom BAG sind zudem Piktogramme verfügbar. Kurzum: Es ist nicht möglich, die Schutzkonzepte jeweils in alle Sprachen zu übersetzen, weil die Anpassungen jeweils sehr kurzfristig erfolgen müssen.

Zu den Massnahmen: Der Kantonsarzt klärt die Situation genau ab, wenn ein Schüler oder eine Lehrperson positiv sind. Wie lange war die Person mit anderen in Kontakt? Wurde eine Maske getragen? Wie war die Umgebung? Ist es möglich, dass sich die ganze Klasse theoretisch angesteckt hat? Haben Lehrpersonen auch noch andere Klassen unterrichtet? Sind Ansteckungen im Pausenraum oder Lehrerzimmer denkbar? Je nach Situation verhängt der Kantonsarzt die Massnahmen unterschiedlich. Das muss so sein. In Allschwil gab es mehrere Ansteckungen, weshalb der Kantonsarzt entschied, dass die ganze Klasse in Quarantäne geht. Wenn hingegen festgestellt werden kann, dass das Schutzkonzept funktionierte, dann muss allenfalls nur die betroffene Person in Quarantäne. Einheitliche Regelungen sind nicht möglich. Der Kantonsarzt entscheidet je nach Situation und zum Schutz aller. Dies ist auch der Grund, weshalb der kantonsärztliche Dienst so stark belastet ist. Es finden genaue Abklärungen und Tracings statt. Die Massnahmen werden so getroffen, dass man sicher sein kann, dass sich das Virus nicht weiter ausbreitet.

7. **Julia Kirchmayr-Gosteli: Primarschule Allschwil**

Julia Kirchmayr-Gosteli (Grüne) stellt folgende Zusatzfrage: *Lehrpersonen haben eine besondere Funktion, um familiäre Missstände und psychische Disbalancen bei Kindern zu erkennen. Die Früherkennung ist sehr wichtig für das Kindeswohl. Dies ist bei Home-Schooling nicht möglich. Werden Lehrpersonen auf diese Thematik sensibilisiert und erhalten sie – sofern notwendig – diesbezüglich Unterstützung?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) sagt, die Situation in Allschwil sei sehr herausfordernd gewesen, weil sie am Wochenende auftrat und zuerst alle Abklärungen vorgenommen werden mussten. Die Eltern wurden am Samstagabend erstmals informiert und dann per E-Mail mehrere Male. Es ist schwierig, wenn Kinder vor verschlossenen Türen stehen. Das sollte nicht passieren. Die Schulleitung hat jedoch das bestmögliche getan, um so schnell als möglich zu informieren. Auch der regionale Krisenstab Allschwil war im Einsatz. Es handelt sich um Ausnahmesituationen, in denen alle Beteiligten versuchen, das bestmögliche zu machen. Es kann aber sein, dass nicht alles zu 100 % gelingt.

Die Schulleitungen und die Lehrpersonen geben ihr Bestes, die Kinder im Fernunterricht zu erreichen. Findet der Unterricht auf digitalem Weg statt, werden die SuS immer wieder telefonisch kontaktiert oder in kleinen Gruppen in die Schule bestellt.

Bei einem Schulbesuch vor zwei Wochen stellte die Regierungsrätin fest, dass die Schule sogar die Eltern vorbereitete: Diejenigen, die nicht mit einem Computer umgehen konnten, konnten sich in der Schule zeigen lassen, wie die Software für das Home-Schooling funktioniert. Die Schulleiterinnen und Schulleiter machen das Beste. Dass der Fernunterricht nicht den Präsenzunterricht ersetzen kann, muss aber allen klar sein. Aus diesem Grund setzt die Regierungsrätin alles daran, den Präsenzunterricht auf allen Stufen erhalten zu können. Jeder Schülerin und jedem Schüler die Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, die sie oder er braucht, ist eine Herkulesaufgabe. Insofern ist es grossartig, was die Lehrpersonen und die Schulleitungen in diesem Jahr geleistet haben.

Julia Kirchmayr-Gosteli (Grüne) ist der Ansicht, ihre Frage sei nicht beantwortet worden. Es wird gewünscht, dass die Lehrpersonen ganz genau hinschauen, wenn die Kinder und Jugendlichen wieder zurück in die Schule kommen.

Marc Schinzel (FDP) stellt folgende Zusatzfrage: *Ist es nicht so, dass Kinder gerade dann besser geschützt sind, wenn sie in der Schule sind?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) ist davon überzeugt, dass die Schutzkonzepte in den Schulen gut funktionieren. Je älter die Schülerinnen und Schüler und die Lernenden sind, desto umfassender sind die Schutzkonzepte. In Mittelschulen gibt es eine Maskenpflicht, Plexiglaswände und Einzeltische. Dort kann man fast nicht mehr Schutzmassnahmen durchsetzen. Sobald die Schülerinnen und Schüler das Schulhaus aber verlassen, im Bus zusammensitzen, zuhause zusammen sind oder über Weihnachten eine Klassenparty veranstalten, liegt die Verantwortung bei ihnen selbst. Dort müssen auch die Eltern hinschauen.

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) erinnert an die Spielregeln der Fragestunde: Dem/der Fragesteller/in stehen zwei Zusatzfragen zu. Diese sollen nacheinander gestellt werden. Diskussionen und Stellungnahmen sind nicht erlaubt. Allen anderen Landratsmitgliedern steht jeweils eine Zusatzfrage zu.

8. Andi Trüssel: Situation des vom Bundesrat verhängen 2. Quasi lockdown für den Wirtschaftsstandort Basel-Land

Andi Trüssel (SVP) stellt folgende Zusatzfrage: Aus Osteuropa kommen einige Flüge und landen am EuroAirport. In die Schweiz gelangt man ohne Kontrolle. Deutschland und Frankreich führen Kontrollen durch oder verlangen ein Testat, das 72 Stunden alt oder jünger ist. *Wird der Regierungsrat in Bern intervenieren, um gleiche Kontrollmassnahmen für die Schweiz am EuroAirport einzufordern?*

Antwort: Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) erklärt, dass diese Thematik in den Zuständigkeitsbereich bei Grenzwache falle. Das Baselbiet ist in dieser Frage Bittsteller. Auch klar ist, dass es schwierig ist, wenn für den EuroAirport andere Regelungen gelten sollen, als für die Flughafen Zürich und Genf. Wenn, dann müssten überall dieselben Bedingungen angestrebt werden. Die Einschätzung, dass Reisende eine höhere Anzahl sozialer Kontakte aufweisen, wird aber geteilt. In diesem Sinne werden die Kontakte zum Bund genutzt und das Anliegen angeregt.

Andi Trüssel (SVP) dankt für diese Aussage und betont, dass Einfluss genommen werden soll. Durch diese Lücke kommt das Virus rein und gleichzeitig staunt man darüber, dass die Fallzahlen in der Region nicht sinken.

9. Jan Kirchmayr: Bundesgerichtsentscheid Mehrwertsabgabe

Jan Kirchmayr (SP) dankt für die Nichtbeantwortung seiner Fragen. Der Redner stellt folgende Zusatzfragen: *Wann ist mit einer Vernehmlassungsvorlage zu rechnen? Wie konkret sollen Gemeinden beigezogen werden?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) weist darauf hin, dass die Frage in der gebotenen Kürze beantwortet worden sei. Auf die Spielregeln verwies der Landratspräsident kurz zuvor. Die zwei wesentlichen Aspekte sind in der Antwort enthalten. Es ist nicht möglich, einen genauen Termin zu nennen. Zeitnah soll aber Klarheit geschaffen werden. In dieser Frage wird auf den VBLG zugegangen und das Vorgehen mit ihm besprochen. Gerade weil dies ein erster Schritt sein soll, soll nun nicht im Landrat eine Auslegeordnung gemacht werden, was getan wird und was nicht.

Felix Keller (CVP) stellt folgende Zusatzfrage: Die BPK legte damals eine Minderheitsversion vor, die sehr gut ausgereift ist und bundesrechtskonform wäre. *Ist der Regierungsrat bereit, diese Version eins zu eins zu übernehmen?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) ist nicht bereit, dies hier und heute zu beantworten. Erstens ist das Vorgehen nicht im Regierungsrat abgesprochen. Zweitens wurde der legitime Anspruch, einen Austausch mit den Gemeinden vorzunehmen, angemeldet. Diesem soll nicht vorgegriffen werden. Im Landrat soll nun keine materielle Diskussion geführt werden. Dazu ist die Fragestunde nicht da.

Adil Koller (SP) befürchtet, dass auch seine Frage nicht beantwortet werde, da gerade gesagt wurde, materielle Fragen gehörten nicht in die Fragestunde. Das Bundesgericht hat nicht das ganze Gesetz aufgehoben, sondern lediglich die beiden Absätze, in denen es um die Gemeinden und die Freigrenzen geht. Um die Unsicherheit in Münchenstein etwas zu klären, stellt Adil Koller folgende Zusatzfrage: *Hat der Regierungsrat vor, den Gemeinden eher die maximale Autonomie zu geben in der Regelung der Mehrwertabgabe oder will er einen Rahmen vorgeben?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) stellt klar, dass er gesagt habe, die Fragestunde biete keinen Platz für materielle Diskussionen. Das ist ein kleiner Unterschied. Man kann nun hartnäckig fragen – der Regierungsrat bleibt ebenso hartnäckig. Die beiden Absätze wurden rausgestrichen. Zur Ehrrettung des Regierungsrats ist zu sagen, dass sie nicht von ihm eingebracht wurden. Es wird zeitnah und wie beschrieben vorgegangen.

Andreas Dürr (FDP) stellt folgende Zusatzfrage: *Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass das Gerichtsurteil zuerst sehr sorgfältig analysiert und dann überlegt gehandelt werden muss und lässt man die Mehrheiten von Parlament und Volk in diese Überlegungen miteinfließen?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) bleibt seiner Linie treu und gibt auch hier keine materielle Auskunft. Hätte der Regierungsrat das Recht, einen Ordnungsantrag zu stellen, würde er dies nun tun und den Abbruch der Fragestunde beantragen. Diese ist nicht dazu da, Fragen zu stellen, die lange Diskussionen auslösen. Eine Spielregel der Fragestunde besagt, dass sie in der Regel eine halbe Stunde dauert. Diese ist bereits überschritten. Es gibt noch genug Traktanden.

Markus Meier (SVP) stellt folgende Zusatzfrage: *Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass diejenigen, die das schlussendlich zahlen, auch einen legitimen Anspruch darauf haben, bei der Neubetrachtung in angemessenem Mass miteinbezogen zu werden?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) sagt, die bekannten Verfahren sorgten dafür, dass die verschiedenen Interessensvertretungen eingebunden und einbezogen werden. Dazu gehören nicht nur die Gemeinden. Bei dieser Thematik ist das Verhältnis Kanton zu den Gemeinden stark betroffen, weshalb es richtig ist, so zu beginnen. Dies bedeutet aber nicht, dass nicht auch andere Interessensvertretungen zur Stellungnahme beigezogen werden.

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) bittet die Landratsmitglieder, Fragen möglichst kurz zu formulieren.

://: Alle Fragen sind beantwortet.
